

WALTER LESCH

Was hält Europa zusammen? Gemeinsame Werte und ethische Konfliktfelder der europäischen Gesellschaft

Zusammenfassung

Der Erfolg des europäischen Integrationsprojekts ist nicht allein durch die Herausbildung politischer Institutionen und durch die Vollendung von Binnenmarkt und Währungsunion zu erreichen. Europäisierung hat eine gesellschaftliche Dimension, die zwar nicht von Politik und Wirtschaft zu isolieren ist, die aber einen eigenständigen Beitrag zum ethischen Profil Europas und zur Kohäsion dieses transnationalen Gebildes leistet. Auf dieser zivilgesellschaftlichen Ebene geschieht durch die wachsende Mobilität von Menschen und durch die Bearbeitung neuer Problemkonstellationen eine Grenzen überschreitende Wertekommunikation, die sich sozialwissenschaftlich beschreiben lässt und die für die Sozialethik neuartige Arbeitsfelder erschließt. Zwischen den Konstrukten von ‚Weltgesellschaft‘, ‚Weltmarkt‘ und ‚Weltinnenpolitik‘ einerseits und der nach wie vor weitgehend nationalstaatlich gerahmten sozialetischen Analyse andererseits entsteht durch die EU ein realer Erfahrungsraum, in dem die Frage nach fairen Normen und inspirierenden Werten zum Alltag gehört. Die Suche nach gemeinsamen Werten soll die divergierenden Interessen und geschichtlichen Prägungen nicht zum Verschwinden bringen, sondern in einer Kultur der Anerkennung von Differenzen interpretierbar machen, um Konsenslösungen und Kompromisse zu formulieren, wo sie möglich sind, und Dissens zu markieren, wo er nach dem derzeitigen Stand der Dinge unüberwindbar ist. Der Zusammenhalt Europas als einer im Entstehen begriffenen transnationalen Gesellschaftsform hängt von der aktiven Bejahung des Pluralismus ab und von der Alltagstauglichkeit eines attraktiven und effizienten Sozialmodells.

Die Standardfrage nach dem Zusammenhalt funktional ausdifferenzierter und individualisierter Gesellschaft gewinnt eine zusätzliche Dimension, wenn sie im Kontext Europas gestellt wird. Der Zusammenhang mag zunächst überraschen, da er unnötig kompliziert zu machen scheint, was ohnehin schon schwer in Begriffe zu fassen ist.¹ Doch genau diese Irritation soll zum Gegenstand des vorliegenden Beitrags gemacht werden, um auszuloten, in welcher Weise sich gängige sozialwissenschaftliche und sozialetische Betrachtungsweisen verändern, wenn Europa als Bezugsrahmen in den Blick kommt. Dahinter steht die Überzeugung, dass es sich bei einer konsequent europäischen Einbettung gesellschaftsethischer Diskurse nicht um eine akademische Spielerei und um ein Kokettieren

¹ Vgl. zum Stand der soziologischen Debatte *Serge Paugam*, *Le lien social*, Paris 2008. Der Autor kommt gegen Ende seines knappen Überblicks über die Forschungsgeschichte des Solidarismus ganz kurz auf die Problematik eines „Europe *solidaire*“ zu sprechen.

mit Internationalität handelt, sondern um eine notwendige Erweiterung und selbstkritische Vergewisserung unserer üblichen Herangehensweisen an das Verstehen und Verändern von Gesellschaft. Europa, so lautet die These, ist längst zu einem relevanten Bezugspunkt unserer Erfahrungen mit gesellschaftlichem Zusammenhalt geworden, sodass sich gerade auch in sozialetischer Hinsicht neue Erkenntnisse und Forschungsperspektiven gewinnen lassen, wenn wir den gewohnten Zusammenhang des immer noch vorwiegend nationalstaatlich geprägten Gesellschaftsverständnisses infrage stellen.

1. AUF DER SUCHE NACH EINER EUROPÄISCHEN GESELLSCHAFT

Am Anfang drängt sich unvermeidlich die Frage nach der Definition Europas auf, die je nach Standpunkt unterschiedlich ausfallen kann. Aus praktischen Gründen beziehe ich mich in erster Linie auf den institutionellen Rahmen der *Europäischen Union* als jenem transnationalen Gebilde, das seit 2007 mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 27 Mitgliedsländer zählt. Mit dieser formalen Einschränkung soll nicht geleugnet werden, dass es sehr aufschlussreich sein kann, die Europarelevanz von Nichtmitgliedsländern wie der Schweiz zur Kenntnis zu nehmen.² Auch der größere Dachverband des seit 1949 bestehenden Europarats zählt die Stärkung gesellschaftlicher Kohäsionskräfte ja durchaus zu seinen Kernaufgaben. Doch schon die heterogene Gruppe der 27 EU-Staaten kann zu der Rückfrage Anlass geben, ob es überhaupt Sinn macht, vom *gesellschaftlichen* Zusammenhalt der Menschen zu sprechen, die in diesen 27 Ländern leben. Haben sie ein Zusammengehörigkeitsgefühl als EU-Bürger? Warum und in welchem Ausmaß wäre das überhaupt wünschenswert? Entspricht dem politischen Staatenbund und der Mobilität der Waren und Personen auf einem gemeinsamen Markt auch eine gesellschaftliche Realität, die in Ansätzen schon erfahrbar ist und die zukünftig noch mehr Gestalt annehmen wird? Anders gefragt: Werden Bulgaren und Niederländer, Finnen und Italiener sich auf einen Erfahrungsraum hinbewegen, der eines Tages mehr durch die Gemeinsamkeiten als durch die national und kulturell differenzierten Unterschiede geprägt sein wird?

Nebenbei sei daran erinnert, dass die Kohäsionskräfte der alten Nationalstaaten nicht überwertet werden sollten, weil gerade unter dem Dach

² Vgl. *Iso Camartin*, Bin ich ein Europäer? Eine Tauglichkeitsprüfung, München 2006.

der EU Staatsspaltungen und neue Konfigurationen überhaupt erst friedlich möglich wurden, die zuvor aus ideologischen und machtpolitischen Gründen undenkbar waren. Das zeigen die drei baltischen Republiken mit ihrer neu gewonnenen Eigenständigkeit nach dem Ende des Sowjetimperiums, die getrennten Wege der Tschechischen Republik und der Slowakei und das aus dem Zerfall Jugoslawiens hervorgegangene Slowenien. Ein beitragspolitisch heikler Sonderfall war und ist außerdem Zypern, das auf Druck Griechenlands in das Osterweiterungspaket von 2004 aufgenommen wurde, obwohl die Mitgliedschaftsrechte für den türkisch dominierten Nordteil der Insel ruhen. Damit ist nicht nur der griechisch-türkische Konflikt ungelöst. Dahinter verbergen sich auch einige Aspekte der schwierigen Interessenkonflikte um das türkische Beitrittsge such. Diese konkreten Beispiele sollen verdeutlichen, dass die europäische Integration kein gradliniger Prozess von nationalstaatlicher Eigenständigkeit zur Anerkennung supranationaler Regelungskompetenzen ist. Gerade unter dem Schutz des sehr speziellen politisch-rechtlichen Konstrukts europäischer ‚Staatlichkeit‘ bleibt Raum für nationale Sonderwege und für die Auflösung nationalstaatlichen Zusammenhalts durch Aufsplitterung in kleinräumigere Strukturen, die sich als souveräne Staaten neu definieren und als EU-Länder kooperieren.³

Es kann nicht verwundern, dass die Europaforschung bislang eine Domäne der Historiker, Ökonomen, Politologen und Juristen geblieben ist und viele darüber hinausgehende interdisziplinäre Initiativen erst in den Anfängen stecken. Ulrich Beck und Edgar Grande haben insbesondere die „Europablindheit der Soziologie“⁴ kritisiert und dieses Defizit mit dem „methodologischen Nationalismus“ der bislang etablierten Europastudien in Verbindung gebracht. Unter solchen Prämissen kann von europäischen Gesellschaften nämlich nur im Plural gesprochen werden. Sie sind jeweils deckungsgleich mit den staatlichen Territorien, die wie Container zu betrachten sind, die nur nach oben geöffnet werden können.

³ Als in Belgien lebender Autor möchte ich nicht verschweigen, dass ich von den Szenarien der nationalen Spaltung und damit verbundenen widersprüchlich erscheinenden Einstellungen zur EU sehr direkt betroffen bin. Denn selbstverständlich drängt sich die Frage auf, ob separatistische Tendenzen als Solidaritätsverweigerung gegenüber einem ökonomisch schwächer gewordenen Landesteil mit einem Bekenntnis zu Europa vereinbar sind, weil dieses doch auch die prinzipielle Akzeptanz von Solidaritätsverpflichtungen und Transferleistungen einschließt. Die EU-Hauptstadt Brüssel inmitten des territorial komplizierten Interessenkonflikts zwischen flämischen und frankophonen Belgiern verleiht dem Ganzen eine zusätzliche groteske Note.

⁴ Ulrich Beck/Edgar Grande, *Das kosmopolitische Europa*, Frankfurt 2007, 147. Vgl. auch die Beiträge in *Robert Hettlage/Hans-Peter Müller* (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*, Konstanz 2006.

Durch staatlichen Souveränitätsverzicht werden einzelne Kompetenzen an eine europäische Zentrale delegiert, die so im Sinne einer „vertikalen Europäisierung“ Einfluss auf die nationalen Gesellschaften gewinnt. In kritischer Abgrenzung von diesem Konzept, das sich forschungsstrategisch in der Nebeneinanderstellung und im Vergleich der jeweiligen Länder konkretisiert, sehen Beck und Grande deutliche Anzeichen für eine „horizontale Europäisierung“, die es dann auch erlaubt, ernsthaft von einer sich abzeichnenden *europäischen Gesellschaft* zu sprechen. Um es mit dem Bild der Container zu sagen: Die Behälter können nicht nur mit staatlicher Schlüsselgewalt nach oben geöffnet werden; sie sind auch an ihren Seitenwänden längst durchlässig geworden und ermöglichen vielfältige Prozesse transnationaler Vernetzung. Das wäre das Modell einer Europäisierung *von unten*, also nicht mehr nur das von politischen Eliten erdachte und in Brüsseler Behörden verwaltete Integrationsprojekt, das über die Köpfe der Menschen hinweg unerbittlich voranschreitet, sondern die permanente Baustelle, die auf aktive Mitwirkung angewiesen ist: *doing Europe*⁵ im Sinne einer kreativen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse mit positiven Auswirkungen für ein neuartiges Zusammengehörigkeitsgefühl.

Mit der Profilierung von transnational-horizontalen Forschungsansätzen ändert sich die Perspektive der Europastudien und schafft Raum für Aufmerksamkeiten, die über die bloße Aneinanderreihung von nationalen Beobachtungen hinausgehen. Angesichts der Spannungen und Spaltungen, die kreuz und quer durch das Gebilde der Europäischen Union gehen, soll damit selbstverständlich nicht die Illusion genährt werden, es gehe bei der europäischen Integration um eine vollständige Harmonisierung der Strukturen und Lebenswelten. Interessant ist aber, dass schon heute das Projekt Europa gerade auf der Werteebene über eine Kohärenz in der Bearbeitung gemeinsamer Themen verfügt, die vor einigen Jahrzehnten noch unvorstellbar gewesen wäre. Gesellschaftliche Realitäten konstituieren sich über nationale Grenzen hinweg. Mit dem nicht minder kontrovers diskutierten Grenzbegriff einer ‚Weltgesellschaft‘ ist dieser Gedanke ja auch durchaus schon erprobt worden.⁶ Die vergleichsweise bescheidenere Ebene der Europäisierung von Gesellschaften hat den Vorteil, die Strukturen transnationaler Kooperation präziser benennen zu können und unter den institutionell definierten ‚Laborbedingungen‘

⁵ Ulrich Beck/Edgar Grande, Europa, 161.

⁶ Vgl. Rudolf Stichweh, Die Weltgesellschaft, Frankfurt 2000; Ulrich Beck, Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Frankfurt 2007.

der EU das Ausmaß von Vernetzung und Zusammenhalt der beteiligten Akteure zu benennen.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei nachdrücklich unterstrichen, dass die *gesellschaftliche* Perspektive keinen Monopolanspruch erheben kann. Sie bleibt stets verbunden mit den politischen und ökonomischen Integrationsmechanismen, die deshalb auch noch eigenständig unter sozialem Blickwinkel zur Sprache kommen sollen. Dem zivilgesellschaftlichen Projekt Europas messe ich deshalb besondere Bedeutung bei, weil hier noch mehr als in den normativen Sphären von Politik und Wirtschaft ein transnationaler Diskurs zur Geltung kommt, der nicht allein um die Durchsetzung von angemessenen Regulierungen kreist, sondern um die Verständigung über Werte, die an umfassendere Verbindlichkeiten und Sinnressourcen appellieren.⁷ Die bürokratische Umsetzung der normativen Vorgaben aus Brüssel wird wenig positive Leidenschaft entfachen, wenn sich die Menschen in Europa nicht mit attraktiven Leitbildern für eine gemeinsame Zukunft identifizieren können und über diese Werte miteinander ins Gespräch kommen.⁸

An sozialwissenschaftlichen Bemühungen um die Werteforschung mangelt es in Europa nicht, auch wenn diese Aktivitäten von sozialer Seite noch zu wenig zur Kenntnis genommen werden.⁹ Während die über Jahrzehnte gewachsene umfangreiche Datenbasis in den USA stark rezipiert wurde und zu den wichtigen Quellen der Arbeiten von Ronald Inglehart¹⁰ gehört, ist das Echo in Europa leiser. Zunächst einmal spiegelt sich in den gesammelten Daten der schon erwähnte methodologische Nationalismus, der von einer geschickten Komparatistik aber durchaus auch als brauchbare Ausgangsbasis verwendet werden kann, um in Langzeitstudien Entwicklungstendenzen zu erfassen. Über das *Eurobarome-*

⁷ Dass der Rekurs auf Werte nicht selbstverständlich ist, kann man daran ablesen, dass dieses Gespräch über lange Zeit tabuisiert war und als rückwärtsgewandtes Beharren auf Identitäten verdächtigt wurde. Vgl. zur neuen Verortung der sozialwissenschaftlich und sozialphilosophisch zeitgemäßen Wertediskussion *Hans Joas*, Die Entstehung der Werte, Frankfurt 1999.

⁸ Vgl. zu diesem Ansatz *Walter Lesch*, Gemeinsame Wurzeln und getrennte Wege. Europäische Entwicklungen in sozialer Perspektive, in: *Ralph Bergold/Reinhard Hohmann* (Hg.), Europa. Seine Werte. Seine Zukunft. Flankierender Kongress zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, Bad Honnef 2007, 15–28.

⁹ Vgl. den Überblick von *Helmut Thome*, Wertewandel in Europa aus der Sicht der empirischen Sozialforschung, in: *Hans Joas/Klaus Wiegandt* (Hg.), Die kulturellen Werte Europas, Frankfurt 2005, 386–443.

¹⁰ Vgl. *Ronald Inglehart* (Hg.), Human Values and Social Change. Findings from the Values Surveys, Leiden 2003. Der mit der These eines Wertewandels zum Postmaterialismus berühmt gewordene Inglehart ist Koordinator der weltweiten Wertesurveys (online unter <www.worldvaluessurvey.org>, abgerufen 01.02.2009).

ter werden im Auftrag der Europäischen Kommission schon seit den 70er Jahren Umfragen in den Mitgliedsländern durchgeführt, um die Meinung der Bevölkerung zu wichtigen politischen Themen genauer einschätzen zu können.¹¹ Diese Umfragen zu aktuellen Themen wie Verbraucherschutz, Klimawandel, Einstellungen zu den Wahlen zum Europäischen Parlament usw. sind punktuell, nicht selten von strategischen Interessen geleitet, vermitteln jedoch wertvolle Einsichten für die Politikberatung auf nationaler und europäischer Ebene. Anfang der 80er Jahre startete in Leuven auf Initiative des dortigen Pastoraltheologen Jan Kerkhofs ein mit den Jahren immer weiter ausgebauten Programm, das unter dem Namen *European Values Studies* (EVS) bis heute existiert und sich von seiner anfänglichen Fokussierung auf die Erosion und Transformation christlicher Werte zu einer renommierten Forschungsplattform entwickelt hat. Eine auch wegen der graphischen Gestaltung ansprechende Synthese vermittelt der 2005 von der EVS-Koordinationsstelle an der Universität Tilburg publizierte *Atlas of European Values*, der mit einem Kapitel über Einstellungen zur europäischen Identität beginnt.¹² All diese Forschungen konvergieren in der Feststellung eines extrem variantenreichen Gefüges von Werthaltungen, die in erster Linie mit der kulturellen Tradition des jeweiligen Landes korrelieren.¹³

Die empirischen Daten belegen für die Mehrheit der Befragten eine Diskrepanz zwischen einer generellen und abstrakten Wertschätzung für Europa und einer persönlichen Identität, die sich dennoch vorrangig über die Zugehörigkeit zum eigenen Land definiert. Die meisten Europäerinnen und Europäer interessieren sich nicht sehr stark für die Lebensbedingungen der Menschen in den anderen EU-Mitgliedsländern und fühlen sich ihnen gegenüber nicht zu besonderer Solidarität verpflichtet. Diese Tendenzen deuten eher darauf hin, dass es um den europäischen Zusammenhalt schlecht bestellt ist und dass die EU vor allem als ein Zweckbündnis gesehen wird, zu dem es keine Alternative gibt, dem man sich

¹¹ Ronald Inglehart/Karlheinz Reif (Hg.), *Eurobarometer. The Dynamics of European Public Opinion*, London 1991.

¹² Loek Halman/Ruud Luijckx/Marga van Zundert, *Atlas of European Values*, Leiden 2005, 14–23. Der für den Survey von 2008/2009 verwendete Fragebogen für die standardisierten Interviews kann auf der Startseite der EVS-Homepage (online unter <www.europeanvalues.nl>, abgerufen 01.02.2009) heruntergeladen werden und vermittelt einen Eindruck von der Vorgehensweise und den Erkenntnisinteressen der europaweit tätigen Teams.

¹³ Dem entspricht in Ingelhart's Arbeiten sogar die nicht unumstrittene Rekonstruktion von konfessionell geprägten Kulturkreisen – ein protestantisches Europa, ein katholisches Europa, ein orthodoxes Europa –, die jeweils typische Präferenzen im Grad der Gewichtung von Selbstentfaltungswerten und säkular-rationalen Weltbildern aufweisen. Vgl. *Helmut Thome, Wertewandel in Europa*, 404–407.

aber auch nicht emotional verbunden fühlt. Europaskeptische Einstellungen und Ressentiments sind immer wieder leicht zu mobilisieren und zeigen, dass der Weg zu einem europäischen Wir-Gefühl noch weit ist. Professionelle Europabefürworter beschwören angesichts solcher Ernüchterung gerne die Notwendigkeit eines tragfähigen *kulturellen* Fundaments für ein Europa, das bisher nur als politische und ökonomische Realität existiere und mit dem spröden Regelwerk von Macht und Markt die Herzen der Menschen nicht erreiche. Deshalb sei es im Interesse von Wirtschaft und Politik erstrebenswert, Europa eine ‚Seele‘ zu geben¹⁴ und den bereits vereinheitlichten und noch zu harmonisierenden Normen eine attraktive Wertebasis zu vermitteln. Doch genau hier begegnen wir der Problematik einer jeden Wertedebatte, die offenkundig zur Stabilisierung von Strukturen angezettelt wird, sofern ein wirksamerer Sozialkitt fehlt. Wer aber eine knappe Liste von Werten definieren will, die allen Zweiflern plausibel machen sollen, was Europa zusammenhält, läuft Gefahr, die Dynamik der Europäisierung eher zu bremsen als zu stimulieren, sofern die postulierten Werte mit dem Alltag der Menschen nichts zu tun haben. Europa als innovatives kulturelles Projekt, als *work in progress*, muss sich nicht trotzig gegen Politik und Wirtschaft behaupten, sondern existiert nur in Verbindung mit den systemischen Wirklichkeiten, die auf je ihre Art Beiträge zu den Werten Europas leisten. Es ist deshalb kein Umweg, sondern eine notwendige Verknüpfung der Perspektiven, wenn wir die für Europa normative Kraft der politischen und wirtschaftlichen Vorgaben zuerst anschauen.

2. DIE POLITISCHE UND RECHTLICHE INTEGRATION EUROPAS

Das Europaprojekt in seiner heutigen Gestalt begann nach dem Zweiten Weltkrieg als politischer Willensakt der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, deren Volkswirtschaften so miteinander verzahnt werden sollten, dass die kriegsrelevanten Industriezweige nie mehr gegen den Nachbarn ausgebaut werden konnten. Für Westdeutschland bot sich schon relativ rasch nach Kriegsende die Chance, von der Völkergemeinschaft nicht auf unbestimmte Zeit geächtet zu bleiben, sondern vielmehr durch eine starke Westbindung und durch wirtschaftliche Kooperation staatliche Souveränität zurückzugewinnen. Was Churchill schon 1946 in einer berühmten Rede in Zürich beschwor, konkretisierte sich 1952 im

¹⁴ Vgl. dazu kritisch *Thomas Meyer*, Die Identität Europas. Europa eine Seele?, Frankfurt 2004.

Zusammenschluss von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zur *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS), die sich 1957 mit den Römischen Verträge zur *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) weiterentwickelte.¹⁵ Die EWG vergrößerte sich schrittweise um sechs Mitgliedsländer und gewann durch gemeinsame Agrarpolitik, Zollabbau und Ausbau der gemeinsamen Institutionen ein transnationales Profil. Erklärtes Hauptziel der *Europäischen Gemeinschaft* war die Schaffung eines Binnenmarktes, der die Freizügigkeit von Waren, Kapital, Arbeit und Dienstleistungen gewährleistet.

Als das Ziel Anfang der 90er Jahre erreicht wurde, hatte sich der europäische Kontinent durch das Ende der West-Ost-Spaltung mittlerweile grundlegend verändert. Der 1993 in Kraft getretene Vertrag von Maastricht signalisierte mit dem Namenswechsel von *Europäischer Gemeinschaft* zu *Europäischer Union* den Anspruch auf eine politische Gestaltungskraft, die mehr erreichen will als nur eine effiziente Flankierung der Marktintegration. Das EU-Europa hat dezidiert politische Ambitionen: mit der Schaffung einer gemeinsamen EU-Bürgerschaft, mit außenpolitischer Kooperation, mit sicherheitspolitischen Maßnahmen. Für manche Akteure war das nicht mehr als schmückendes Beiwerk auf dem Weg zur Währungsunion – ein Zugeständnis an jene, die der kalten Logik des Marktes misstrauten und durch eine stärker an Werten orientierte politisch-rechtliche Integration besser zu motivieren wären.¹⁶ Doch es sollte von nun an nicht mehr möglich sein, Europa auf ein rein ökonomisches Unterfangen zu reduzieren. Die EU-Erweiterungen von 2004 (zehn Staaten) und 2007 (zwei Staaten) sind selbstverständlich mit *wirtschaftlichen* Hoffnungen verbunden. Zugleich bekräftigen sie aber auch als *politische* Willensakte das Ende der Ost-West-Teilung Europas und stärken den Anspruch auf ein demokratisches und menschenrechtliches Selbstverständnis eines verantwortungsbewussten und kosmopolitischen Europa.

Das bislang ambitionierteste politische Projekt war der gescheiterte Versuch, die weitere Entwicklung der EU durch einen *Verfassungsvertrag* auf eine quasi-verfassungsrechtliche Grundlage zu stellen. Das Vorhaben litt von Anfang an unter der Kontroverse um den Verfassungsbegriff, den die nach wie vor souveränen Nationalstaaten exklusiv für sich reklamierten

¹⁵ Vgl. zum Überblick über die gesamte Entwicklung *Jürgen Elvert*, *Die europäische Integration*, Darmstadt 2006.

¹⁶ Flagge (bereits 1955 vom Europarat eingeführt), Hymne (eine weitere Gemeinsamkeit mit dem Europarat) und Pass wären insofern symbolische Ausdrücke einer Union auf der Suche nach ihrer *corporate identity*, die noch nicht sehr stark gefestigt ist.

und nicht zugunsten eines wie auch immer zu organisierenden europäischen Staates – einerseits mehr als ein Staatenbund, andererseits weniger als ein großer Bundesstaat – abgeben wollten.¹⁷ Die nach dem Modell der Menschenrechtskonventionen erarbeitete *Grundrechte-Charta* war als integraler Bestandteil des Verfassungsvertrags gedacht und hätte der Union als Wertegemeinschaft eine kodifizierte Basis gegeben. All diese Arbeit war trotz der negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht völlig vergeblich. Die Charta ist auch Teil des 2007 unterzeichneten Vertrags von Lissabon. Aber dort geht sie im komplizierten Regelwerk der Verträge, Protokolle und Zusatzklärungen beinahe unter, weil das Konglomerat von Partikularinteressen und Sonderregelungen gegenüber der gemeinsamen Linie dominiert. Dass 2008 mit einem erneuten Nein, diesmal durch eine Volksabstimmung in Irland, selbst der Ratifizierungsprozess des Lissabon-Vertrags ins Stocken gekommen ist, zeigt die Schwierigkeit, 27 selbstbewusste und ihre Souveränität verteidigende Partner auf einstimmige Entscheidungen zu verpflichten.¹⁸

Trotz mancher Rückschläge ist die EU als politisches Erfolgsprojekt in der Geschichte einzigartig und kann mit kleinen Schritten und im Bewusstsein um bleibende Differenzen und Empfindlichkeiten dort weiterentwickelt werden, wo bereits ein Konsens besteht und es für alle Mitglieder von Vorteil ist, von den Kompetenzen der übergeordneten Ebene zu profitieren. Schon allein der friedenspolitische Ausgangspunkt des Europaprojekts ist von so großer ethischer Bedeutung, dass es kleinlich wäre, den Scheinwerfer vor allem auf die weniger erfolgreichen Momente der vergangenen Jahrzehnte zu richten. Die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland wäre nicht möglich gewesen, hätte man sie einfach nur von oben verordnet. Durch das Kennenlernen der Nachbarn sind Kontakte geschaffen worden, durch die viele Biographien bereichert wurden. Neugierig sein auf die Ideen der anderen, auf kulturelle Vielfalt und die Unverwechselbarkeit von Lebensformen – all das sind Elemente horizontaler Europäisierung, die immer schon neben der Politiksteuerung durch Regierungen und Kommissionen am Werk war. Außerdem hat im Laufe der Jahrzehnte ein transnationaler Demokratisierungsprozess stattgefunden, der zwar immer noch als defizitär betrachtet werden mag, der aber dank engagierter Abgeordneter mehr und mehr an Glaubwürdigkeit gewinnt und das Europäische Parlament zu einer Kerninsti-

¹⁷ Vgl. zum Streit um den wünschenswerten Grad von Staatlichkeit *Jean-Marc Ferry*, *La question de l'État européen*, Paris 2000; *Jürgen Habermas*, *Zeit der Übergänge*, Frankfurt 2001, 83–129.

¹⁸ Es wird also bei mehrstufigen Integrationsprozessen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten bleiben.

tution Europas macht. Sollte sich hingegen der Eindruck bestätigen, dass Bürokraten in Brüssel und in den Hauptstädten mit ihren jeweiligen Experten die politische Richtung angeben und Bürger und Parlament nur als Störfaktoren empfinden, dann ist gesamteuropäisch jene ‚Politikverdrossenheit‘ die Folge, die schon auf so vielen nationalen, regionalen und kommunalen Ebenen beklagt wird.

Wenn wir nun also noch einmal die Frage aufgreifen, was die Kohärenz von Europa als politischem Projekt ausmacht, so ist es in erster Linie die geteilte Erfahrung von Konfliktgeschichten, die sich durch Kooperation überwinden lassen. Auch wenn sich geschichtliche Erinnerung zunächst nur über die Vielzahl der regionalen und nationalen Sonderwege rekonstruieren lässt, so konvergieren diese Geschichten jedoch in dem Willen um eine Überwindung alter Gräben. Das schließt die selbstkritische Auseinandersetzung mit Schuld und Verbrechen ein. Das Europa von heute ist eine vielstimmige Erinnerungsgemeinschaft, deren Mitglieder Interesse an der Herkunft der Nachbarn haben und die sich über Grenzen hinweg mit historischen Konstellationen beschäftigen, die Aspekte einer gemeinsamen Geschichte sind. Damit sollen Katastrophen nicht relativiert werden. Aber die prinzipielle Möglichkeit von Versöhnung und Neuanfang gehört zu den herausragenden Chancen eines Kontinents, das sich aus historischer Sicht eigentlich eher durch blutige Konflikte, territoriale Zersplitterung, weltanschauliche Extreme und aggressive Expansionsbestrebungen ausgezeichnet hat. Der Kontrast zu diesem wenig schmeichelhaften Erbe ist ein wesentlicher Grund, sich heute als Europäer einem achtbaren und weltoffenen Politikverständnis verbunden zu fühlen. Damit den Menschen in Europa diese Verschränkung von nationalen und europäischen Perspektiven selbstverständlich wird, muss noch viel geschehen. Denn unser Bildungswesen ist nach wie vor auf die Vermittlung eines Geschichts- und Kulturverständnisses ausgerichtet, das sich aus dem Nebeneinander der nationalen Erfahrungsräume ergibt.¹⁹

Demokratische Partizipation als selbstverständliche Quelle politischer Legitimation gehört zu den Eckpfeilern europäischer Identitätsbildung ebenso wie ein unmissverständliches Eintreten für den Schutz von Menschenrechten in Europa und in der Welt. Auch hier beobachten wir freilich eine Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit. Die Demokrati-

¹⁹ Das ändert sich nicht einmal sehr schnell durch die Schaffung eines europäischen Hochschulraums im Zuge der Bologna-Reform, wenn außer der nur eingeschränkt funktionierenden studentischen Mobilität keine Maßnahmen zur Förderung einer seriösen Europakompetenz in allen Wissensgebieten ergriffen werden. Eine entsprechende Vorbereitung müsste freilich schon im Primar- und Sekundarschulbereich beginnen.

sierung der EU findet beispielsweise in den konkreten Auswirkungen der Unionsbürgerschaft in der Ausübung des Kommunalwahlrechts weniger enthusiastische Resonanz als erhofft. Schon heute wäre mehr Demokratie möglich. In Fragen des Menschenrechtsschutzes spricht Europa nicht immer mit einer Stimme. Anlässlich von Stellungnahmen zu humanitären Interventionen oder gar zu militärischen Bündnissen wie im Falle des Irak-Kriegs wurden Differenzen sichtbar, die von außen nur als eine Schwäche des europäischen Projekts wahrgenommen werden können, aber historisch erklärbar sind.

Die EU versteht sich als Staatengemeinschaft nach dem Modell eines Clubs, dessen Mitglieder sich über gewisse nicht verhandelbare Grundregeln geeinigt haben. Ein Aufnahmeantrag kann folglich nach klaren Kriterien beurteilt werden. Wenn menschenrechtliche Standards wie etwa die Medienfreiheit, die Freiheit der Religionsausübung oder die konsequente Gleichstellung von Männern und Frauen nicht beachtet werden, darf sich ein Beitragskandidat über die Ablehnung seines Gesuchs nicht wundern. Im fast schon nostalgischen Rückblick auf die im Sand verlaufene Verfassungsdebatte der vergangenen zehn Jahre lässt sich nachvollziehen, welche strategischen Vorteile es gehabt hätte, der EU eine normative Verankerung zu geben, mit der sich die politischen Konturen nach innen und nach außen leichter hätten artikulieren lassen. Analog zum Leitbild eines ‚Verfassungspatriotismus‘, der sich als moderates Identitätsmerkmal in Deutschland herauskristallisiert hat, wäre die Verbindlichkeit eines EU-Verfassungsvertrags ein solcher sich zur Identifikation anbietender Bezugspunkt geworden, da der Vertrag die Grundrechte, die Arbeitsweise der Institutionen und die Mitwirkung der Bürger transparenter gemacht hätte. An der Unmöglichkeit, ein solches Ausmaß an Verbindlichkeit zu erreichen, kann man ablesen, wie problematisch die Identifikation mit einer staatsförmigen Ausgestaltung der transnationalen Ebene trotz aller erreichten Fortschritte immer noch ist. Das bedeutet außerdem, dass die weltgesellschaftliche Utopie einer ‚Weltinnenpolitik‘ in weite Ferne rückt, wenn kleinräumigere Versuche wie das europäische Modell sich vorerst nur mit nationalen Vorbehalten realisieren lassen.

Dahinter steht die nüchterne Einschätzung, dass es problematisch ist, die Menschen in einem Staatenbund auf gemeinsame Werte zu verpflichten. Es wäre ja schon sehr viel erreicht, wenn die EU sich als Rechtsgemeinschaft ernst nimmt und auf die Moralkeule zur Beurteilung oder Verurteilung von Abweichlern verzichtet. Wertediskurse, so zeigt die Erfahrung, organisieren nicht automatisch gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern polarisieren oft gerade in dem Moment, in dem eine gemeinsame

Sichtweise hergestellt werden soll.²⁰ Um die Handlungsspielräume nicht unnötig einzuschränken, wäre es deshalb viel einfacher, sich auf ein Minimum von menschenrechtlichen Standards zu verständigen und ansonsten den kreativen Selbstentfaltungsmöglichkeiten und der Eigenverantwortung der Bürger zu vertrauen. Dass die rechtliche Alltagswirklichkeit von in Europa lebenden Menschen längst nicht mehr nur durch nationale Regeln bestimmt ist, sondern dass Europarecht sich zunehmend Geltung verschafft, gehört zu den mal beklagten, mal als selbstverständlich akzeptierten Lebensumständen, die sich auch unterhalb der Schwelle einer europäischen Staatlichkeit verändert haben. Durch die Gesamtheit der politisch vereinbarten und rechtlich verbindlichen Normen hat die europäische Gesellschaft inzwischen einen Zusammenhalt gefunden, der bereits über das Niveau von lästigen Richtlinien hinausgeht. Die EU ist als normativ verbindliche Größe erfahrbar, deren Institutionalisierungsprozess zwar noch unabgeschlossen ist, die aber auf jeden Fall als Kooperationsgewinn zu verbuchen ist, von dem die in Europa lebenden Menschen als Bürger, Verbraucher, Studierende und in vielen anderen Berufs- und Alltagsrollen profitieren.

3. VOM WERT DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION

Attraktiv ist Europa unabhängig von Wertedebatten und ethischen Diskursen als großer Binnenmarkt und als Währungsunion. Auf die Frage nach dem Zusammenhalt Europas ist dies kein gering zu schätzendes Antwortelement. Die Angleichung der Lebensverhältnisse, die Unterstützung von strukturschwachen Regionen durch EU-Fördermittel, die wirtschafts- und finanzpolitische Verpflichtung auf Stabilitätswahrung, die freie Zirkulation von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen – all das sind Standortvorteile für den europäischen Markt, der sich im globalen Wettbewerb zu behaupten hat. Die Vereinheitlichung dieses Wirtschaftsraums fällt dem Konsumenten auf, der in allen europäischen Städten auf eine ihm vertraute Produktpalette treffen wird. Fußgängerzonen und Einkaufszentren sehen sich mittlerweile fast überall in Europa zum Verwechseln ähnlich. Das bietet den Komfort der leichteren Orientierung, macht allerdings auch lokalen und regionalen Anbietern das

²⁰ Vgl. zur Diskussion der Alternative von Wertegemeinschaft und Rechtsgemeinschaft *Christof Mandry/Dietmar Mieth*, Europa als Wertegemeinschaft, in: *Walter Fürst/Jochim Drumm/Wolfgang M. Schröder* (Hg.), *Ideen für Europa. Christliche Perspektiven der Europapolitik*, Münster 2004, 121–145, insbes. 125–130.

Leben schwerer. Die Implosion der sozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas, die Unfähigkeit der Regime, die Bevölkerung angemessen zu versorgen, führte zur Ausdehnung des westlichen Wirtschaftsmodells auf diesen Teil des Kontinents. Die gemeinsame Währung in der Euro-Zone mag zwar kein Garant für gesellschaftlichen Zusammenhalt sein. Als symbolischer Ausdruck für die integrative Funktion des Marktes ist sie aber wohl doch nicht zu unterschätzen.

Spätestens seit den Bemühungen, der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise adäquat zu begegnen, hat das Dogma der politischen Abstinenz in Wirtschaftsfragen an Plausibilität verloren. Seitens der Unternehmen werden überall in Europa staatliche Maßnahmen zur Abstützung der Finanzmärkte und zur Konjunkturbelebung erwünscht und in Anspruch genommen. Auch wenn diese Verallgemeinerung etwas gewagt ist, lässt sich sagen, dass die europäische Variante des Kapitalismus sich im Vergleich zu Amerika immer schon stärker über seine sozialen Komponenten verstanden hat, mit anderen Worten als ‚soziale Marktwirtschaft‘, die den Gesetzen des Marktes effiziente Sicherungssysteme im Falle eines Marktversagens zur Seite stellt und insofern eine stärkere Affinität zur staatlichen Einflussnahme auf das Marktgeschehen hat. Eine solche ‚Zivilisierung‘ des Kapitalismus ist nicht unwidersprochen geblieben und muss sich gegen den Verdacht behaupten, den freien Wettbewerb zu verzerren. Auf der Ebene der europäischen Wirtschaft wiederholt sich somit der Konflikt, den wir schon für die politische Konstruktion der EU festgestellt haben: das Ringen um mehr oder weniger Staat zur Optimierung der Lebensverhältnisse.

Es wäre illusorisch, das Florieren des europäischen Binnenmarktes seinen eigenen Regeln und seinen Selbstheilungskräften zu überlassen. Was von den einen als Chance ergriffen wird, ist für die anderen die bittere Erfahrung, auf der Verliererseite zu stehen, wenn Unternehmen die Produktion innerhalb dieses großen Marktes dorthin verlagern, wo Lohnkosten eingespart werden können. Die Marktgesetze befördern auch Ungleichheiten, die wiederum Wasser auf die Mühlen der Euroskeptiker sind, die sich darauf berufen, dass der Protest gegen die negativen Effekte von transnationalen Gewinnstrategien unter EU-Bedingungen schwieriger zu organisieren ist. Im Zuge der Europäisierung werden zwar Erfahrungsräume eines neuen Typs von entgrenzter Gesellschaft geschaffen. Es kann aber auch zum ‚Verschwinden von Gesellschaft‘ kommen, wenn sich die solidarischen Einwände gegen die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen als ohnmächtig erweisen, weil die Ansprechpartner auf der nationalen Ebene sich als nicht mehr kompetent erweisen und der Protest ins Leere

läuft.²¹ Die markteuropäische Option für die Forcierung des Integrationsprozesses wird sich deshalb immer daran messen lassen müssen, ob die feierlichen Hinweise auf das ‚soziale Europa‘ mehr als nur Sonntagsreden sind, die von einer unerbittlichen Logik ablenken, die neue Armutsrisiken und Mechanismen der Exklusion beinhaltet und neue Schief lagen in sich wandelnden Kräfteverhältnissen von Zentren und Peripherien zur Folge hat.

Es ist sind also nicht nur protektionistische und nationalistische Reflexe, wenn Menschen einer schrankenlosen Öffnung der Märkte mit Skepsis begegnen. De facto machen die Mitgliedsländer in Brüssel und Strassburg regelmäßig auch ihre Eigeninteressen geltend, um sich vor destabilisierenden Wirkungen des Binnenmarktes zu schützen. Ein Beispiel ist die regional und zeitlich abgestufte Freizügigkeit nach den Osterweiterungen von 2004 und 2007. Theoretisch hätten die Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsländern sich völlig frei bewegen können, um Arbeitsplatzangebote in den ‚alten‘ Ländern anzunehmen. Einige Volkswirtschaften wie etwa Irland und Großbritannien haben diese Öffnung auch ganz bewusst praktiziert und von initiativfreudigen Zuwanderern profitiert. Andere, wie etwa Deutschland, haben auf Übergangszeiten gedrängt und sich auf die Krise der eigenen Arbeitsmärkte berufen. Das Beispiel zeigt, dass die freie Zirkulation von Geld und Waren leichter zu realisieren ist als eine wirklich uneingeschränkte Mobilität der Personen auf einem gesamteuropäischen Arbeitsmarkt und das ethisch schwierige Thema der Migration auch als Konflikt punkt zwischen EU-Mitgliedsländern auf der Tagungsordnung bleibt, obwohl es sich eigentlich nur noch um Binnenmigration handelt.

Um zu verstehen, was Europa in wirtschaftlicher Hinsicht zusammenhält, sind wir auf widersprüchliche Auskünfte angewiesen. Der gemeinsame Erfolg und die Zugehörigkeit zu einer Wohlstandsregion unseres Globus verbinden die Menschen. Diese Einschätzung kippt aber ins Negative, sobald die erhofften positiven Effekte des Binnenmarktes ausbleiben und Sicherungssysteme im Falle von sozialen Schief lagen sich als unzureichend erweisen. Der Appell an die Verantwortung der Unternehmer ist hier ebenso zu hören wie der Appell an die Politik, die soziale Dimen-

²¹ Vgl. *Maurizio Bach*, Marktintegration ohne Sozialintegration in der Europäischen Union. Zur Krise des europäischen Gesellschaftsmodells, in: *Robert Hettlage/Hans-Peter Müller* (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*, 175–194. Vgl. zur sozialen Dimension ferner *Eberhard Eichenhofer*, *Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der „sozialen Frage“ bis zur Globalisierung*, München 2007; *Hartmut Kaelble*, *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*, München 2007; *Anthony Giddens*, *Europe in the Global Age*, Cambridge 2007.

sion Europas aktiv mitzugestalten. Bis auf Weiteres ist Europa ein bunter Flickenteppich von wohlfahrtsstaatlichen Modellen, von denen sich keines als völlig krisenresistent erwiesen hat und die alle von den partiellen positiven Erfahrungen der Nachbarn profitieren könnten. Auch hier gilt, dass das verbindende europäische Bewusstsein nicht in der Einführung eines einzigen Modells besteht, das dann für alle zur Anwendung kommen müsste, sondern in dem Wissen um die unterschiedlichen Ansätze, aus deren Vergleich vielleicht neue Lösungsansätze entstehen. Die Versprechen des Binnenmarktes werden scheitern, wenn dessen Konsequenzen die Menschen in Vereinzelung und Ohnmacht treiben und das soziale Band eher zerstören als stärken. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten verschärft sich also die Frage nach den ideellen Ressourcen Europas, das als unvollendetes und auf tatkräftige Mitwirkung angewiesenes Projekt nur bestehen kann, wenn sich die Menschen nicht enttäuscht abwenden und den Rückzug in Sicherheit versprechende Identitäten antreten.

4. EUROPA ALS ZIVILGESELLSCHAFTLICHES PROJEKT

In Krisenmomenten ist der Ruf nach gemeinsamen Werten nicht überraschend. Ein Beispiel für die Einsicht in die Grenzen von Wirtschaft und Politik bietet das Diskussionspapier, das 2004 von Autoren im Umfeld des Wiener *Instituts für die Wissenschaften vom Menschen* und im Auftrag des damaligen Kommissionspräsidenten Romano Prodi vorgelegt wurde, um Europa wieder vorrangig als Wertegemeinschaft zu profilieren. „Wirtschaftliche Integration führt eben nicht ohne weiteres zur politischen Integration. Märkte erzeugen keine politisch belastbare Solidarität. Ebenso wie der Wettbewerb, der auf ihnen herrscht, entfalten sie zentrifugale Wirkungen.“²² Auf der Suche nach den heute so wichtigen Kohäsionskräften werden die Autoren in der gemeinsamen europäischen Kultur fündig, die sich als eine „Kultur der Bürgergesellschaft“²³ bewähren müsse. Damit knüpfen sie bewusst auch bei den Erfahrungen der osteuropäischen Revolutionen an, um die Eigenständigkeit gesellschaftlicher Debatten gegenüber den Funktionsweisen von Macht und Markt zu würdigen. Als offenes Projekt ist Europa auf eine Öffentlichkeit ange-

²² Kurt Biedenkopf/Bronislaw Geremek/Krzysztof Michalski/Michel Rocard, Was hält Europa zusammen?, in: *Transit. Europäische Revue* Nr. 28 (2005), 82–93, 84. Im Anschluss an das Diskussionspapier sind Kommentare renommierter Autoren dokumentiert. Ausführlichere Beiträge aus dem Zusammenhang der Reflexionsgruppe sind in den Heften 26 und 27 der Zeitschrift abgedruckt.

²³ Ebd. 88.

wiesen, die von unten kritische Impulse für eine Vergesellschaftung von Menschen anbietet, die nicht primär über gemeinsame weltanschauliche Wurzeln miteinander verbunden sind.

Auf der Suche nach den semantischen Potentialen der Kulturen fällt in Europa an erster Stelle auf, dass kulturelle Kommunikation in mehreren Sprachen stattfindet. Die Mehrsprachigkeit Europas ist als Chance zu begreifen, den vereinheitlichenden Tendenzen einer dominanten Sprache entgegenzuwirken. Obwohl es in vielen Bereichen von Vorteil ist, Englisch als *lingua franca* zu fördern, kann es nicht erstrebenswert sein, Englisch zur Hauptsprache der Union zu erklären. Als Faustregel bewährt sich die in Schule und Beruf zu fördernde aktive Dreisprachigkeit (Muttersprache plus Englisch plus eine weitere Sprache), mit der sich bereits eine beachtliche Bandbreite von europäischen Lebenssituationen meistern lässt. An den Fremdsprachenerwerb sind dann auch jene kulturellen Lernprozesse gekoppelt, die eine größere Vertrautheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen der jeweiligen Sprachräume ermöglichen. Denn schließlich ist Sprache nicht bloß ein Instrument der Verständigung; der Schritt über die vertraute Welt der Erstsprache hinaus ist eine heilsame Verunsicherung von Verhaltensmustern und eine Anerkennung von fremden Zugängen zur Wirklichkeit. Die Wertschätzung sprachlicher Vielfalt ist deshalb eine besonders passende Einübung in die Dialektik eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls, das sich als Einheit in der Verschiedenheit realisiert. Sprachliche Vielfalt entschleunigt Kommunikationsprozesse, zwingt zum Nachfragen und zum Überprüfen von Übersetzungen, macht tolerant im Umgang mit sprachlichen Unzulänglichkeiten und Missverständnissen und ist die beste Schule für die kooperative Suche nach fairen Lösungen.

Selbstverständlich kommen die Autoren des Diskussionspapiers von 2004 auch auf den Stellenwert der Religion in Europa zu sprechen. „Bei der Suche nach den Kohäsion und Identität stiftenden Kräften in der Europäischen Union kommt der Frage nach der öffentlichen Rolle der europäischen Religionen besondere Bedeutung zu.“²⁴ Das gilt ganz besonders auch im Wissen um all das, was Religionen in Europa zu Gewalt und Spaltung beigetragen haben. Die aus globaler Sicht als europäischer Sonderweg zu deutende Verflechtung von Modernisierung und Säkularisierung hat ihre Ursprünge in der schmerzlichen Erfahrung eines religiösen Konfliktpotentials, das aus der öffentlich-politischen Sphäre verbannt wurde, um im zivilgesellschaftlichen Bereich unter dem Schutz freier Religions-

²⁴ Kurt Biedenkopf/Bronislaw Geremek/Krzysztof Michalski/Michel Rocard, Was hält Europa zusammen?, 91.

ausübung neue, konstruktive Kräfte entfalten zu können. Europa ist alles andere als ein unreligiöser Kontinent.²⁵ Jedes Insistieren auf der Privilegierung bestimmter Religionen im Interesse eines soliden Wertefundaments für die europäische Gesellschaft übersieht aber die gewachsene Vielfalt, die mit der nostalgischen Vision eines christlichen Abendlands nichts mehr zu tun hat. Für die ‚Gründerväter‘ der Europaidee nach dem Zweiten Weltkrieg lässt sich zwar nicht leugnen, dass ihnen eine christliche, in den meisten Fällen katholische Sozialisation und in dieser Glaubenswelt verwurzelte Überzeugungen gemeinsam waren. Doch dieses historische Faktum ist zu verbinden mit den nichtreligiösen Werteresourcen aus der Vorstellungswelt der Antike, des Humanismus und der Aufklärung, mit der ökumenischen Vielfalt innerhalb des Christentums, mit dem Judentum und mit der verstärkten Präsenz des Islams in Europa.²⁶ Würde sich eine vermeintliche europäische Identität als Kulturchristentum nur als Abwehrreflex gegenüber einem als unheimlich und uneuropäisch empfundenen Islam formieren wollen, hätte die Wertedebatte schon eine Polemik entfacht, bevor das Gespräch ernsthaft in Gang kommt.

Die Autoren des Diskussionspapiers kommen zu einem ernüchternden und zugleich offenen Schluss: „Es gibt kein Wesen Europas, keine feststehende Liste europäischer Werte.“²⁷ Mit dieser irritierenden Feststellung eröffnen sich für den Gesellschaftsentwurf eines kosmopolitischen Europaprojekts neue Perspektiven, weil wir auf Ausgrenzungen verzichten können und stattdessen positiv formulieren sollten, was uns dazu motiviert, als Europäer transnational zusammenleben zu wollen. Die Beantwortung dieser Frage bezieht sich ja auch nicht nur auf die konkrete Lage in irgendeiner fernen Gegend Europas, sondern auf die Herausforderungen unserer längst schon multikulturell gewordenen Wirklichkeit.

5. SOZIALETHISCHE PERSPEKTIVEN

Die sozialetisch relevanten Dimensionen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gilt es in Zusammenhang mit der europäischen Integration neu durchzubuchstabieren. Während dies für die politische Ethik und die Wirtschaftsethik zwar schon kompliziert genug ist, sich aber immerhin

²⁵ Vgl. *José Casanova*, Die religiöse Lage in Europa, in: *Hans Joas/Klaus Wiegandt* (Hg.), *Säkularisierung und die Weltreligionen*, Frankfurt 2007, 322–357.

²⁶ Vgl. *Thomas Bremer*, Christentum in einem multireligiösen Europa, in: *Concilium. Internationale Zeitschrift für Theologie* 40 (2004), 202–210.

²⁷ *Kurt Biedenkopf/Bronislaw Geremek/Krzysztof Michalski/Michel Rocard*, Was hält Europa zusammen?, 93.

in Fortführung bewährter Methoden und Argumentationsstrategien artikulieren lässt, stellt uns die Suche nach einer der Komplexität Europas adäquaten Definition von ‚Gesellschaft‘ vor größere Anstrengungen. Sobald Politik und Wirtschaft die mehr oder weniger stabilen Grenzen nationaler Gesellschaften öffnen, geraten gewohnte Muster in Bewegung. Vernetzungen und Solidaritäten konfigurieren den sozialen Raum neu und zwingen zu einer sozialetischen Neuvermessung unserer normativen Referenzen, sobald wir beispielsweise auf alternative Modelle der Sozial- und Gesundheitspolitik stoßen oder einen anderen Umgang mit religiöser Vielfalt zur Kenntnis nehmen. Nach dem Selbstverständnis der EU bewegen sich die Unionsbürger nicht in einem rechts- und wertefreien Raum, sondern auf der verlässlichen Grundlage fundamentaler Rechte, die ihrerseits auf Wertannahmen wie der Freiheit und der unverletzlichen Würde der Person beruhen.

Diese keineswegs direkt zu konsensfähigen Normen führenden Grundüberzeugungen gilt es so in die Verfahren deliberativer Demokratie einzuspeisen, dass Menschen mit unterschiedlichen weltanschaulichen Hintergründen die Argumente nachvollziehen können. Semantische Potentiale gibt es in Europa im Überfluss. Die Kunst der Ethik besteht darin, diese Traditionen zu rekonstruieren, ins Gespräch zu bringen und falls notwendig Übersetzungshilfen zu organisieren. Nur wenn wir beispielsweise anfangen, das Soziale konsequent europäisch zu denken, also über den Rand des vertrauten sozialen Sicherungssystems hinausgehen, wird es irgendwann immer selbstverständlicher, Europa sozial zu denken und neue Solidaritäten zu organisieren.

Wer wissen will, was Europa zusammenhält, sollte sich von Einheitsobsessionen verabschieden und den Blick auf gelebte Vielfalt richten, die nicht als Bedrohung, sondern als Chance zu begreifen ist. Das gilt nicht zuletzt für den religiösen Bereich als einem privilegierten, allerdings nicht exklusiven Ort der Auseinandersetzung mit Werten. Religionen in Europa sind überall dort von größter öffentlicher Bedeutung, wo sie in einem nicht immer einfachen Prozess der Aufklärung ihre Lektion in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gelernt haben und die gemeinsame Plattform europäischer Koordinierung ihrer Geltungsansprüche wertzuschätzen wissen. Diese Haltung ist an keine Konfession oder Nationalität gebunden. Deshalb gebührt im Sinne eines Blicks über die EU hinaus das Schlusswort dem Rätoromanen Iso Camartin:

„Europäisches Bewusstsein lebt von einer hohen Toleranz für Komplexität und Vielfalt. Wäre Europa noch Europa, wenn diese Buntheit an Sprachen, Konfessionen und nationalen Eigenheiten verschwände? So entscheidend vergleichbar gute Lebens-

chancen für den gesamten europäischen Kulturraum sind, so wichtig sind die Unterschiede, welche die Lebensformen der Menschen im Norden und im Süden, im Westen und im Osten prägen. [...] Wer solche Überzeugungen teilt, darf sich für europäisch halten, auch wenn kein Pass dies belegt.“²⁸

LITERATURVERZEICHNIS

- Maurizio Bach*, Marktintegration ohne Sozialintegration in der Europäischen Union. Zur Krise des europäischen Gesellschaftsmodells, in: *Robert Hettlage/Hans-Peter Müller* (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*, Konstanz: UVK 2006, 175–194.
- Ulrich Beck/Edgar Grande*, *Das kosmopolitische Europa*, Frankfurt: Suhrkamp 2007.
- Ulrich Beck*, *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt: Suhrkamp 2007.
- Kurt Biedenkopf/Bronislaw Geremek/Krzysztof Michalski/Michel Rocard*, Was hält Europa zusammen?, in: *Transit. Europäische Revue* Nr. 28 (2005), 82–93.
- Thomas Bremer*, Christentum in einem multireligiösen Europa, in: *Concilium. Internationale Zeitschrift für Theologie* 40 (2004), 202–210.
- Iso Camartin*, Bin ich Europäer? Eine Tauglichkeitsprüfung, München: Beck 2006.
- José Casanova*, Die religiöse Lage in Europa, in: *Hans Joas/Klaus Wiegandt* (Hg.), *Säkularisierung und die Weltreligionen*, Frankfurt: Fischer Taschenbuch 2007, 322–357.
- Eberhard Eichenhofer*, *Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der „sozialen Frage“ bis zur Globalisierung*, München: Beck 2007.
- Jürgen Elvert*, *Die europäische Integration*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2006.
- Jean-Marc Ferry*, *La question de l'État européen*, Paris: Gallimard 2000.
- Anthony Giddens*, *Europe in the Global Age*, Cambridge: Polity 2007.
- Jürgen Habermas*, *Zeit der Übergänge (Kleine Politische Schriften IX)*, Frankfurt: Suhrkamp 2001.
- Loek Halman/Ruud Luijckx/Marga van Zundert*, *Atlas of European Values*, Leiden: Brill 2005.
- Robert Hettlage/Hans-Peter Müller* (Hg.), *Die europäische Gesellschaft*, Konstanz: UVK 2006.
- Ronald Inglehart/Karlheinz Reif* (Hg.), *Eurobarometer. The Dynamics of European Public Opinion*, London: Macmillan 1991.

²⁸ *Iso Camartin*, Bin ich ein Europäer?, 11.

- Ronald Inglehart* (Hg.), *Human Values and Social Change. Findings from the Values Surveys*, Leiden: Brill 2003.
- Hans Joas*, *Die Entstehung der Werte*, Frankfurt: Suhrkamp 1999.
- Hartmut Kaelble*, *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*, München: Beck 2007.
- Walter Lesch*, *Gemeinsame Wurzeln und getrennte Wege. Europäische Entwicklungen in sozialemethischer Perspektive*, in: *Ralph Bergold/ Reinhard Hohmann* (Hg.), *Europa. Seine Werte. Seine Zukunft. Flankierender Kongress zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007*, Bad Honnef: Katholisch-Soziales Institut 2007, 15–28.
- Christof Mandry/Dietmar Mieth*, *Europa als Wertegemeinschaft*, in: *Walter Fürst/Joachim Drumm/Wolfgang M. Schröder* (Hg.), *Ideen für Europa. Christliche Perspektiven der Europapolitik*, Münster: LIT 2004, 121–145.
- Thomas Meyer*, *Die Identität Europas. Der EU eine Seele?*, Frankfurt: Suhrkamp 2004.
- Serge Paugam*, *Le lien social*, Paris: Presses Universitaires de France 2008.
- Rudolf Stichweh*, *Die Weltgesellschaft*, Frankfurt: Suhrkamp 2000.
- Helmut Thome*, *Wertewandel in Europa aus der Sicht der empirischen Sozialforschung*, in: *Hans Joas/Klaus Wiegandt* (Hg.), *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt: Fischer Taschenbuch 2005, 386–443.